Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL

Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

documenta-Stadt

Kassel, 02.11.2007

Niederschrift

über die 17. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am Donnerstag, 01.11.2007, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1. Wahl eines/einer 1. stellv. Vorsitzenden
2. Berufliches Schulwesen
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03.09.2007
   Bericht des Magistrats
   101.16.575
3. Kommunaler Bildungsfond für Chancengleichheit 101.16.609
4. Kommunale Bildungsverantwortung 101.16.688

Vorsitzende Jakat eröffnet die mit der Einladung vom 24.10.2007 ordnungsgemäß einberufene 17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden, darunter Herrn Fuchs, Leiter der Oskar-von-Miller-Schule, und Herrn Koch, Leiter der Max-Eyth-Schule. Sie weist darauf hin, dass Frau Seewald, Leiterin der Gesamtvolkshochschule, etwas später kommen wird.
Vorsitzende Jakat stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1. Wahl eines/einer 1. stellv. Vorsitzenden

Vorsitzende Jakat teilt mit, dass aufgrund des Ausscheidens der Stadtverordneten Lipschick aus dem Ausschuss die Wahl einer/eines neuen 1. stellvertretenden Vorsitzenden erforderlich ist.

Für die Wahl zur 1. stellv. Vorsitzenden schlägt Stadtverordnete Mattern Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann vor.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

12 Ja-Stimmen und
0-Nein-Stimmen
den

Beschluss

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung wählt

Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
zur 1. stellv. Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung.

Stadtverordnete Dr. van den Hövel-Hanemann nimmt die Wahl an.

2. Berufliches Schulwesen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03.09.2007
Bericht des Magistrats
101.16.575

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung über die notwendige Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens in Kassel unter Berücksichtigung des Europäischen Qualifikationsrahmens, der Konzeptentwicklung des „Hessencampus Kassel – Lebensbegleitendes Lernen“ und der Zwischenergebnisse des Modellprojektes „Selbstverantwortung Plus“ zu berichten.

Stadträtin Janz führt kurz in die Thematik ein und gibt das Wort an Herrn Fuchs, Leiter der Oskar-von-Miller-Schule, weiter, der die Ausschussmitglieder über das Modellprojekt „Selbstverantwortung Plus“ an der Oskar-von-Miller-Schule informiert. Herr Koch, Leiter der Max-Eyth-Schule sowie Sprecher der Beruflichen Schulen der Stadt und des Landkreises Kassel, stellt die Max-Eyth-Schule vor. Er erläutert, dass fünf von sieben Beruflichen Schulen bereits im Projekt „Hessencampus“ mitarbeiten. Frau Seewald, Leiterin Gesamtvolkshochschule, stellt das Projekt „Hessencampus Kassel – Lebensbegleitendes Lernen“ vor und verteilt ein Informationsblatt an die Ausschussmitglieder. Die anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Fuchs und Frau Seewald beantwortet. Abschließend werden alle Mitglieder zur Regionalkonferenz der Volkshochschule am 21. November 2007 eingeladen.

Der Bericht des Magistrats wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

3. Kommunaler Bildungsfond für Chancengleichheit
Geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.609 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> **Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, ein Konzept für einen Bildungsfonds für Kinder und Jugendliche vorzulegen,** angelehnt an den Schulgeldfonds in Oldenburg. Aus diesem erhalten schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien , v. a. Kinder von Arbeitslosengeld II- oder Sozialgeldempfängern, unbürokratisch finanzielle Unterstützung für Schulmaterial, z. B. Schulranzen, Hefte, Stifte und Kopiergeld, Taschenrechner usw., natürlich auch für Bücher und andere Lernmittel, die nicht kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
> Ferner dient dieser Fonds dazu, den Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an außerschulischen Aktivitäten kostenfrei zu ermöglichen. Dazu gehört beispielsweise die Mitgliedschaft in Sport- und Kulturvereinen und die Teilnahme an Veranstaltungen der außerschulischen Bildung.

Stadtverordnete Dr. Wilde-Stockmeyer begründet den Antrag ihrer Fraktion und verweist auf das mehrheitlich positive Votum des Jugendhilfeausschusses.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kommunaler Bildungsfond für Chancengleichheit, 101.16.609, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Rudolph

4. Kommunale Bildungsverantwortung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und Grüne
- 101.16.688 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Mehrheitlich positives Votum des Jugendhilfeausschusses vom 04.10.2007.

Stadtverordnete Dr. Wilde-Stockmeyer bringt für die Fraktion Kasseler Linke.ASG nachfolgenden Änderungsantrag zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne ein:

Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds **in der Dezembersitzung des JHA Fachausschuss für Jugendhilfeplanungsfragen und der Januarsitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung** vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul-

und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Schild bringt für die CDU nachfolgenden Änderungsantrag ein:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen **eingerichtet werden und** vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Ablehnung: ---
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **zugestimmt**.

Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen **eingerichtet werden und** vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Ablehnung: ---
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD von B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

Ende der Sitzung: 19.13 Uhr

Gabriele Jakat
Vorsitzende

Anja Koch
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 17. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung am
Donnerstag, 01.11.2007, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Gabriele Jakat, SPD
Vorsitzende

Bodo Schild, CDU
2. Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Mitglied

Anke Bergmann, SPD
Mitglied

Barbara Bogdon, SPD
Mitglied

Peter Liebetrau, SPD
Mitglied

Nicola Mütterthies, CDU
Mitglied

Dr. Michael von Rüden, CDU
Mitglied

Sandra Rudolph, CDU
Mitglied

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90/Grüne
Mitglied

Heike Mattern, parteilos
Mitglied

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

Heidrun Goebel-Feußner, FDP
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Izzet Pehlivan,
Vertreter des Ausländerbeirates — entschuldigt

Magistrat

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin — Anne Janz

Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat

Schriftführung

Anja Koch,
Schriftführerin — A. Koch

Verwaltung/Gäste

Günter Fuchs Oskar-von-Miller Sch.

G. Kreisler -40-

Uwe Waldmann RECONgmbH

Otto Werber, SBR

Arno Koch, Max-Eyth-Schule

Anwesenheitsliste zur
17. Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung vom 01.11.2007 — Seite 2